



Eberhard Gienger: Berlin Aktuell

Liebe Leserinnen und Leser,

die erste Sitzungswoche im neuen Jahr stand unter dem Eindruck des schrecklichen Terroranschlags auf dem Berliner Breitscheidplatz. Unsere Gedanken sind bei den Opfern und bei deren Angehörigen. Bundestagspräsident Dr. Norbert Lammert würdigte sie zu Beginn der ersten Plenarsitzung am Donnerstag in bewegenden und in klaren Worten.

Neben der Trauer und Anteilnahme gelte es jetzt auch, manche unbequeme Debatte zu führen. Dabei gehe es auch um die notwendige Aufarbeitung von Versäumnissen in der Vergangenheit: "Wir dürfen und müssen uns dabei auch streiten", erklärte er. Dies solle niemand mit Schwäche verwechseln oder als Unentschlossenheit verunglimpfen.

Er verwies darauf, dass das genaue Gegenteil zutrifft: Es ist gerade die Stärke unserer Demokratie, darum zu ringen, wie wir die schwierige Balance zwischen Sicherheitsanspruch und Freiheitsversprechen halten wollen. Damit sei auch im Parlament bereits begonnen worden, erklärte der Präsident und verwies damit auf die Aktuelle Stunde von Mittwochnachmittag:

Gleich vier Redner aus der CDU-Landesgruppe kamen dort zu Wort und prägten damit die Debatte. Lesen Sie über beides im Folgenden, genauso wie über die Begegnung mit dem THW am Montag und über Spitze und Breite im Sport

Ich wünsche Ihnen eine gute Woche!

Mit besten Grüßen

Ihr

Eberhard Gienger

Innenpolitik

In einer aktuellen Stunde in dieser Woche im Bundestag sprachen die Mitglieder der CDU-Landesgruppe den Opfern und Hinterbliebenen des Anschlags von Berlin ihr Mitgefühl aus. Gleichzeitig wurden auch die notwendigen Maßnahmen gegen Gefährder und die Konsequenzen aus dem Fall „Anis Amri“ debattiert.

Die vier baden-württembergischen Innenpolitiker Dr. Stephan Harbarth, Armin Schuster, Clemens Binninger und Nina Warken waren sich in der Debatte einig, dass nun wichtige Maßnahmen der inneren Sicherheit umgesetzt werden können, für die sie sich seit langem gemeinsam stark machen.

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Dr. Stephan Harbarth betonte, dass man nach dem Anschlag nicht einfach zur Tagesordnung übergehen könne. „Man kann nicht sagen, dass keine Fehler gemacht worden sind und keine Schwachstellen bestehen“. Die Union wolle die Vorgeschichte des Anschlags gründlich analysieren und sei offen für einen Untersuchungsausschuss, auch wenn der Fall in die Zuständigkeit der Länder NRW und Berlin falle. Harbarth erinnerte daran, dass ein Teil der Maßnahmen, auf die die große Koalition sich unmittelbar nach dem Anschlag verständigt habe, längst Rechtslage sein könnte. Entsprechende Vorschläge habe Innenminister Thomas de Maizière bereits im Sommer gemacht. „Das, was nun Gesetz wird, ist damals von der SPD vom Tisch gewischt worden“.

Dialog mit dem THW



Bei der Landesgruppensitzung in dieser Woche sind die CDU-Abgeordneten aus Baden-Württemberg mit Vertretern des Technischen Hilfswerks (THW) zusammengetroffen und haben sich über die wichtige Arbeit des Zivil- und Katastrophenschutzes ausgetauscht. Der Präsident der Bundesanstalt THW, Albrecht Broemme, berichtete dabei über die aktuellen Entwicklungen und Herausforderungen. Veränderte Gefährdungsszenarien haben die Ausarbeitung eines neuen Rahmenkonzeptes für das THW erfordert, das einen Fokus auf die Stärkung des Ehrenamtes und den Ausbau der Notversorgung sowie der Notfallinstandsetzung vorsieht. Präsident Broemme konnte berichten, dass die vom Haushaltsausschuss des Bundestages beschlossene personelle Aufstockung des THW um 208 Stellen im Jahr 2016 und weitere 150 Stellen im Jahr 2017 dabei eine bedeutende Rolle spielen würden: „Unsere ehrenamtlichen Kräfte werden dadurch von Verwaltungs-, Prüf- und Planungsarbeiten entlastet, während die Qualität der Ausbildung sowie der Arbeits- und Gesundheitsschutz weiter verbessert wird“.

Cannabis für Schwerkranke

Der Bundestag hat letzten Donnerstag beschlossen, dass Ärzte schwerkranken Patienten cannabishaltige Arzneimittel auf Kassenrezept verordnen dürfen. Auch die Opposition hat dieser Initiative unseres Gesundheitsministers Hermann Gröhe (CDU) zugestimmt.

Wir verbessern mit dem neuen Gesetz die Behandlungsmöglichkeiten für Menschen, die starke Schmerzen erleiden müssen. Es geht nicht ums Kiffen auf Rezept, wie eine Zeitung jüngst titelte. Auch bleibt der gefährliche Eigenanbau weiterhin verboten.

Für bestimmte Schmerzpatienten, zum Beispiel mit Multipler Sklerose oder AIDS, kann Medizinalhanf eine gute Therapie sein, wenn andere Schmerzmittel nicht wirken.

Diesen Menschen wollen wir helfen und ihnen die Therapie nicht vorenthalten. Bisher dürfen Patienten in Deutschland nämlich bloß in Ausnahmefällen cannabishaltige Medikamente oder getrocknete Cannabisblüten verschrieben bekommen. Derzeit haben nur rund 1.000 Patienten diese Genehmigung. Die Kosten von mehreren hundert Euro im Monat müssen sie aber zumeist selbst tragen.

Sport weiter stärken



Am Donnerstag sprach der sportpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Eberhard Gienger im Deutschen Bundestag zum 13. Sportbericht der Bundesregierung.

Der Bericht bilanziert ressortübergreifend die sportpolitische Entwicklung im Zeitraum von 2010 bis 2013. Dabei würdigte Gienger die hervorragenden Erfolge von deutschen Sportlern bei internationalen Wettbewerben, die Förderung des Leistungssports von Menschen mit und ohne Behinderung sowie die Bekämpfung von Doping, Spiel- und Wettmanipulation. "Unser zentrales Ziel bleibt es auch in Zukunft, die Rahmenbedingungen für den professionellen Spitzensport ebenso wie für den Breitensport weiter zu verbessern und Deutschland als Standort für die Ausrichtung internationaler Sportgroßereignisse attraktiv zu gestalten", so Gienger.

Mandatsträgerkonferenz der CDU Baden-Württemberg am vergangenen Wochenende im Kloster Schöntal

In der am vergangenen Wochenende beschlossenen „Schöntaler Erklärung“ pocht die CDU Baden-Württemberg auf Verschärfungen in der inneren Sicherheit und Asylpolitik. Die Südwest-CDU fordert unter anderem eine Residenzpflicht für Gefährder und den Einsatz von Fußfesseln zu ihrer Überwachung.

Hier können Sie die „Schöntaler Erklärung“ herunterladen:

<http://www.cdu-bw.de/uploads/media/2017-01-21-Schoentaler-Erklaerung.pdf>